

„Pro-Reli“-Begehren:

Kenntnis oder Bekenntnis?

Pfarrer i. R. Emil Cauer: „Freie Wahl“ ist eine agitatorische Mogelpackung

Dass selbst Kirchenmitglieder das Berliner Volksbegehren „Pro Reli“ nur zögerlich fordern, kann nur den überraschen, der brillante publizierte Meinungen der Kirchenführer für Volkes Glauben hält. Auch unter Berliner evangelischen Pfarrerinnen und Pfarrern gibt es Zurückhaltung, die von ihrer Kirchenleitung angemahnte Unterstützung von „Pro Reli“ nachzuvollziehen. Nicht nur „Ungläubige“, sondern ausgerechnet „Gläubige“ halten nichts von „Pro Reli.“ Denn mit „Pro Reli“ käme die in den Schulen zu vermittelnde Kenntnis von Religionen nicht zu Stande.

„Pro Reli“ will einen speziellen Unterricht jeder Konfession und Religionsgemeinschaft alternativparallel zum Ethikunterricht. Das ist an unseren Schulen organisatorisch kaum durchführbar. Der jetzige Ethikunterricht mit gemeinsamem Nachdenken in der Klassengemeinschaft wäre so nicht mehr möglich.

„Pro Reli“ will Unterrichtsangebote aller in Berlin vertretenen Konfessionen als Alternative zum derzeitigen Ethikunterricht. Das setzt voraus, dass sich die anderen Religionsgemeinschaften, insbesondere die unterschiedlichen islamischen Richtungen, in gleicher Weise organisieren wie die beiden großen Kirchen. Diese Erwartung ist kaum oder nur vordergründig erfüllbar. Die organisatorischen Strukturen der beiden großen christlichen Kirchen haben sich in Jahrhunderten entwickelt, sie können nicht einfach kopiert werden; erst recht nicht in einer Zeit höchst vielfältiger religiöser Individualisierung.

„PRO RELI“ FÜHRT ZUM DAUERKONFLIKT

„Pro Reli“ meint, die Verfassungsloyalität der schließlich so unterschiedlichen Religionslehrer könne und werde der Staat prüfen. Das wird wohl nicht möglich sein. Stattdessen werden wir in ein Gewirr von Verdächtigungen und Verletzungen sehr unterschiedlicher islamischer und auch jüdischer und buddhistischer Religionslehrer geraten. Ein Erfolg von „Pro Reli“ würde Dauerkonflikte generieren.

Unkenntnis und Vorurteile aber würden bleiben, z.B. blieben muslimische Schüler weiterhin ohne Kenntnis der christlichen Traditionen, Schüler aus christlicher Tradition weiterhin bei verallgemeinernden Kenntnissen islamischer Traditionen.

Kenntnisse vermitteln heißt in der Regel: Kenntnisse des Unbekannten und Fremden. Insbesondere in der Sekundarstufe können



Mit Ethik die eigene Position zur Kirche finden.

Foto: Horb

Jugendliche an der Begegnung mit dem bislang Fremden ihre eigene Position erkennen und schärfen.

„Pro Reli“ und die Berliner evangelische Kirchenführung zielen aber nicht auf Kenntnis, sondern auf Bekenntnis. Und darin stehen sie in unheiliger Allianz mit Alt-Ideologen der Sozialdemokratie, die Religion zur Privatsache erklärt haben. „Religion ist Privatsache“ heißt in unserem Fall letztendlich: „Macht doch Euren Bekenntnisunterricht. Wir machen Ethik ohne Religion.“ Einige Sozialdemokraten haben noch nicht begriffen, dass ohne Kenntnis der Religionen und ohne Begegnung mit den in diesen Traditionen Aufgewachsenen Frieden nicht gelingt. Welch kenntnislose Vorurteile über „den“ Islam z.B. erfahren wir in der Terroris-musdebatte.

Die SPD sollte sich nicht einlassen auf die unsinnige Alternative „Ethik“ oder „Religion“. Die scheinbaren Wahlfreiheiten der einen Seite werden unter dieser Alternative stets zugleich die Unfreiheit der anderen Seite sein. Faktisch ist „Pro Reli“ zugleich „Contra Ethik.“ „Freie Wahl“ ist eine agitatorische Mogelpackung. Nehmen wir ein Beispiel aus dem Freistaat Bayern, wo die übliche Alternative zwischen Reli und Ethik besteht. Derart, dass z.B. an einem Nürnberger Gymnasium diejenigen, die weder evangelische noch katholische Religion wollen, verpflichtet sind zum Ethikunterricht nachmittags.

Nehmen wir mal an, diese Verlegung auf den Nachmittag erfolgt aus verständlichen organisatorischen Gründen und nicht als

Strafmaßnahme. Interessant aber die Folge: Zahlreiche muslimische Mütter melden ihre Kinder nun zum evangelischen Religionsunterricht an, damit der Nachmittags-Schulweg vermieden wird. Ist das nun Wahlfreiheit? Es könnte ja auch demnächst jemand in Köln oder Neukölln auf die Idee kommen, Wahlfreiheit zwischen Deutsch und Türkisch als Unterrichtssprache zu fordern mit dem Argument, Kinder sollten doch erst mal ihre Muttersprache richtig sprechen.

Die Alternative „Pro Ethik“ gegen „Pro Reli“ ist ein sinnloser Schattenkampf, der die eigentliche politische Verantwortung und auch den christlichen Friedensauftrag nicht berücksichtigt.

Mit dem Pro-Reli-Argument „erst unsere Kinder festigen“ – als gäbe es vor der Sekundarstufe nicht sechs Jahre konfessionellen Religionsunterricht – kommt nicht nur eine steile Auffassung von Bekenntnis zum Ausdruck, sondern auch Gruppenegoismus, der dem Trend zu Privatschulen entspricht.

DIE ALTERNATIVE: KONFESSIONELLER BEKENNTNISUNTERRICHT ODER STAATLICHE RELIGIONSKUNDE

Eine seriöse Alternative besteht in der Frage: Kirchlich-konfessionell-religionsgemeinschaftlich erteilter Religionsunterricht oder staatlich erteilte Religionskunde? Christen mit einer DDR-Biographie haben tatsächlich große Probleme mit einem staatlich erteilten Unterricht. Hier liegt eine Aufgabe von Politik und Kirchen, künftig propagandistische Beeinflussung und Gängelung von Jugendlichen durch Lehrer zu vermeiden. Leider gibt es auch jetzt noch, im bereits eingerichteten Ethik-Unterricht, einige Fälle, wo Schüler abfällige und unsachliche Äußerungen ihrer Ethik-Lehrer über die Kirchen nach Hause bringen. Solche Entgleisungen sind aber nicht durch ein „Wir machen es selber“ der Kirchen zu regulieren, sondern durch Beteiligung und Mitspracherechte der Religionsgemeinschaften.

Schulen sind eh keine klinisch reinen Denkfabriken. Jede Lehrerin und jeder Lehrer bringt Wertvorstellungen ein, selbst dann, wenn gezwungenermaßen auf ein Kopftuch verzichtet wird. Die Auswahl deutscher Literatur ist zweifellos eine „Wer-tevermittlung.“ Lehrer, die sich da nicht einbringen, bleiben steril. Und schließlich bekunden und vermitteln auch Schüler ihre „Werte.“ Die von der evangelischen Kir-

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9
 chenführung wiederholt vorgebrachte Forderung, der Staat dürfe keine „Wertevermittlung“ betreiben, weil darin die Gefahr des totalitären Staats liege, ist so nicht politikfähig, sie stellt uns vor eine Schein-Alternative.

Die beiden großen Kirchen lassen sich einen theologischen staatlichen Unterricht an den Universitäten durchaus gefallen - mit deutlicher Einflussnahme. Bekanntlich wurden in vergangenen Jahren an deutschen Universitäten etliche namhafte Theologen auf Kirchenwunsch geschasst, nicht nur katholische.

STAATLICHER RELIGIONSKUNDEUNTERRICHT AN ÖFFENTLICHEN SCHULEN!

Die Berliner Sozialdemokraten sollten sich dieser Aufgabe stellen und sie produktiv behandeln, statt sich in dubiosen Alternativen aufzuhalten mit gesetzlichen und vertraglichen Vorgaben, die der religiös-kulturellen Situation von 1950 entsprechen. In den deutschen Großstädten haben wir eben nicht mehr 90 Prozent „christliche“ Schüler, entweder mehrheitlich evangelisch oder mehrheitlich katholisch.

Dokumentation:

„Christen für das gemeinsame Schulfach Ethik“

Aufruf der Initiative „Christen pro Ethik“ vorgestellt - Mehr als 100 Erstunterzeichner

Die Initiative „Christen pro Ethik“, in der sich Pfarrer, Theologen und Religionspädagogen engagieren, hat in dieser Woche einen Aufruf vorgestellt, mit dem sich Christen gegen das Volksbegehren „Pro Reli“ wenden und zur Fortführung des gemeinsamen Ethikunterrichts an den Schulen aufrufen. Zu den Erstunterzeichnern gehören mehr als hundert Einzelpersonen sowie die Niederländisch-Ökumenische Gemeinde Berlin. Die Berliner Stimme dokumentiert den Aufruf im Wortlaut.

Das Volksbegehren „Pro Reli“ erweckt durch die Unterstützung der beiden großen Kirchen und einiger Religionsgemeinschaften den Eindruck, als gäbe es keine guten Gründe für Christinnen und Christen, den Ethikunterricht als gemeinsames Schulfach für alle Schülerinnen und Schüler zu unterstützen.

Um solchem Eindruck zu wehren, wenden wir uns mit diesem Aufruf an die Öffentlichkeit.

Weil auch wir „der Stadt Bestes suchen“ (Jer. 29, 7), begrüßen wir die mit dem Schuljahr 2006/2007 erfolgte Einführung des Ethikunterrichtes als ordentliches Lehrfach für alle Jugendlichen der 7. bis 10. Klassen in Berlin. Dieser Unterricht bietet Jugendli-

Politische Gestaltung beginnt mit der Frage Was hat sich verändert?, und nicht mit der Diskussion der Rechtslage.

Wir haben mittlerweile erkannt, welche enorme Rolle in den kulturellen Auseinandersetzungen die religiösen Traditionen spielen. Wer sich dieser Erkenntnis verschließt, lässt nicht nur landläufigen antisemitischen und antiislamischen Vorurteilen ihren Spielraum. Er riskiert, dass auch bei uns christlichevangelikale Gruppen aufblühen wie im Bible Belt der Vereinigten Staaten, die schließlich den Biologie-Unterricht auf den Kopf stellen. Einige Berliner Austausch-Schüler können nach einem USA-Jahr davon ein Lied singen.

Man muss das Rad nicht neu erfinden. Das beste Beispiel eines integrativen staatlichen Religionskundeunterrichts gibt Großbritannien. An Vorbildern dort und auch aus anderen europäischen Ländern könnte sich Berlin orientieren, statt jetzt schon (in Abwehr gegen „Pro Reli“) den Berliner Ethik-Unterricht als Vorbild für Deutschland zu propagieren. Nötig ist ein mit dem Ethikunterricht verbundener staatlicher Religionskundeunterricht, der die wichtigsten Geschichten der Religionen und ihre sozialen Ausprägungen auf dem Globus bringt, insbesondere der drei monotheistischen Reli-

gionen. Es sind aber auch Methoden der Textkritik zu vermitteln, auch gegen religiös-fundamentalistische Bedenken.

ZU ERWARTEN SIND KENNTNISSE,
 NICHT BEKENNTNISSE.

Unsere Schulen sind Lern-, und nicht Bekenntnisschulen. Eine hypothetische Trennung Schulen für Kenntnis / Religionsunterricht fürs Bekenntnis ist jedoch eine ideologische Selbsttäuschung. Es geht nicht um eine solche absolute Trennung, sondern es geht um die Freiheit der Schüler vom Druck zum Bekennen.

Wer in der Debatte verschweigt, dass es von der ersten bis zur sechsten Klasse konfessionellen Religionsunterricht gibt, hingegen den Eindruck erzeugt, die Regierungsparteien Berlins seien Feinde der Religion, der argumentiert demagogisch. Was die Sekundarstufe betrifft, so sollten die beiden großen christlichen Kirchen ihre Kräfte für einen staatlichen Religionskundeunterricht einbringen, statt für einen Sonderunterricht der Konfessionen und Religionsgemeinschaften zu kämpfen. **Emil Cauer** □

Emil Cauer ist ehemaliger Pfarrer der Gemeinde Am Groß Glienicker See, Kirchenkreis Berlin-Spandau

chen unterschiedlicher religiöser, weltanschaulicher, kultureller und sozialer Herkunft und Prägung die Möglichkeit, über ihre Werte und Lebensvorstellungen miteinander und nicht gegen- oder übereinander zu reden. Sie können gemeinsame Werte entdecken, Respekt gegenüber anderen Positionen einüben und lernen, Unterschiede zu tolerieren. Gemeinsame Werte, Respekt und Toleranz sind für das friedliche Zusammenleben der Menschen in einer multikulturellen und multireligiösen Stadt wie der unseren unverzichtbar.

FÜR RELIGION ALS FREIWILLIGEN UNTERRICHT

Religions- und Weltanschauungsunterricht kann in Berlin wie bisher freiwillig von der 1. bis zur 13. Klasse besucht werden; in den Schuljahren 7 bis 10 nun zusätzlich zum Ethikunterricht. Wir halten Freiwilligkeit in der Entscheidung für einen Bekenntnisunterricht für angemessen. Sie dient der Entfaltung einer religiösen oder weltanschaulichen Beheimatung der jungen Menschen.

Wir bedauern, dass die Initiatoren des Volksbegehrens mit der Kampagne „Pro Reli“ den Ethikunterricht als gemeinsames

Schulfach abschaffen wollen. Denn das wäre die Folge einer Wahlpflicht zwischen Ethikunterricht und Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht.

Wir sehen in dem Berliner Modell eines gemeinsamen Pflichtfaches Ethik und eines freiwilligen Religions- und Weltanschauungsunterrichts eine auch für andere Bundesländer nachahmenswerte Regelung. Ihre Übernahme würde helfen, dass die öffentliche Schule der Pluralität und den ethischen Herausforderungen unserer Gesellschaft angemessen begegnet. Großbritannien gibt mit dem staatlich verantworteten Pflichtfach zur Einführung in die großen Weltreligionen hierfür ein gutes Beispiel.

Der gemeinsame Ethikunterricht in Berlin ist ein sehr junges Fach, das weiter entwickelt und sorgfältig begleitet werden muss. Wir erwarten deshalb, dass Inhalte und Konzepten für das neue Fach viel Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wir rufen die Christen und alle Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Stadt und in Deutschland dazu auf, das gemeinsame Berliner Schulfach Ethik zu unterstützen.

► **Weitere Informationen werden gerne zugesandt: Christen pro Ethik, c/o Josef Göbel, Mail: josefgoebel@web.de.**